

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
der Elterninitiative #KinderBrauchenSchule NRW, Münster, Telgte, Bonn, Essen

per Mail am 15.09.2021

1. Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich in Regierungsverantwortung oder im Parlament für die Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stark machen?

Die Situation insbesondere für Familien hat sich im Laufe des Schuljahres 2020/2021 deutlich verschlechtert. Eltern wurden oft mit der Herausforderung, gleichzeitig Beruf und Home-Schooling stemmen zu müssen, alleine gelassen. Die daraus resultierende Frustration, der Stress, der Ärger und die Überforderung führten bereits zu zahlreichen Trennungen von Eltern und hinterlassen eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen. Es kann nicht sein, dass in Wirtschaft, Sport und Kultur Lockerungen möglich waren, in Schulen und Kitas hingegen nicht.

2. Unter welchen Voraussetzungen werden Sie den Ländern die Aufhebung der Maßnahmen empfehlen, deren Zweck insbesondere die Gewährleistung ausreichender medizinischer Versorgungskapazitäten war?

Es ist sinnvoll die Viruslast von hochinfektösen Viren zu verringern, wo sich Menschen begegnen. Prinzipiell sind daher Kontaktreduzierung, Abstandhalten und Hygienemaßnahmen wie v.a. Händewaschen, sowie das Testen sinnvoll. Jedoch müssen alle Maßnahmen, die bei der Coronakrise zum Einsatz kommen, fortlaufend auf ihre spezifische Wirksamkeit, sowie auf schädliche Nebenwirkungen überprüft und entsprechend angepasst oder auch wieder aufgehoben werden. Die ÖDP setzt grundsätzlich auf Eigenverantwortung und Freiwilligkeit. Lesen Sie dazu auch unser ÖDP-Papier „Prävention – nachhaltige Stärkung – Resilienz“ (<https://www.oedp.de/aktuelles/oedp-statements-zu-corona/praevention-nachhaltige-staerkung-resilienz>).

3. Werden Sie alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wie Kitas, Schulen, außerschulische Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote ohne Zugangsbeschränkungen (wie Impfung, Tests, nicht medizinisch indizierte notwendige Schutzmaßnahmen) mit höchster Priorität vorrangig öffnen? Wenn nein, warum nicht?

Ja! Im Pandemiefall sollten Schulen in der Lage sein, sowohl Präsenz- als auch Onlineunterricht anzubieten um eine individuelle Risikobewertung zu ermöglichen. Das setzt natürlich voraus, dass es gelingt, den Bildungssektor personell und technisch nachhaltig zu stärken.

Schulen sollten mit leistungsfähiger Lüftungstechnik ausgerüstet sein, um - unter Einhaltung der AHA-Regeln - den Schulbetrieb aufrechterhalten zu können.

Eine Berücksichtigung der pandemischen Situation bei der Schülerbeförderung ist zwingend erforderlich! Die Effektivität der Tests in Schulen ist äußerst umstritten und muss evaluierend begleitet werden.

Freizeitangebote im Freien hätten früher wieder aufgenommen werden müssen. Auch Jugendgruppen und Sportvereine wären in der ohnehin schwer zu bewältigenden Zeit für die psychosoziale Entwicklung wichtig gewesen.

4. Welche politischen Projekte Ihrer Partei unterstreichen die besondere Bedeutung und den Schutz der Kinder im Hinblick die UN Kinderrechtskonvention im Hinblick auf Bildung, Chancengleichheit, Teilhabe, Spiel und Kindeswohl?

Die Erziehungsarbeit der Eltern ist für unsere Gesellschaft systemrelevant. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass sich Kinder erfolgreich als psychisch gesunde, lernwillige und

lernfähige Kinder entfalten und entwickeln können. Im Vordergrund der Familienpolitik stehen allerdings heute nicht das Kindeswohl und die Elternrechte, sondern kurzfristige und kurzzeitige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsinteressen, die Eltern zunehmend unter Stress und Zeitnot setzen.

Zurzeit wird die außerhäusliche Erwerbsarbeit gegenüber der Erziehungs- und Pflegearbeit in Familien klar gesellschaftspolitisch bevorzugt. Die ÖDP steht jedoch für eine reale Wahlmöglichkeit aller Menschen, ob sie Kinder haben möchten, Verwandte pflegen möchten oder nicht. Solange der Staat nur einseitig bestimmte Wahlmöglichkeiten subventioniert, wie etwa durch Kostenübernahme für Kita-Plätze, sind die Entscheidungsspielräume eingeschränkt.

Erziehung, Betreuung, Versorgung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen müssen in finanzieller Hinsicht von der ganzen Gesellschaft getragen werden. Die ÖDP fordert deshalb, dass häusliche Erziehungs- und Pflegearbeit mit einem abgabenpflichtigen und rentenwirksamen Erziehungsgehalt vergütet werden soll.

Auch setzen wir uns für die Einführung eines Kindergrundeinkommens zur Absicherung der Sachkosten von Kindern ein.

5. Werden Sie bei allen Öffnungsschritten immer prioritär auch die Beschränkungen für Kinder aufheben, wie beispielsweise Maskenpflicht auf Spielplätzen, Beschränkungen in Schwimmbädern, etc.? Wenn nein, warum nicht?

Ja! Details siehe Antwort zu Frage 3

6. Wird ein klares Statement im Wahlprogramm Ihrer Partei stehen, dass es wegen der herausragenden Bedeutung des Rechts auf Bildung und Teilhabe nicht wieder zu Schulschließungen kommt? Wenn nein, warum nicht.

Ja! Unter Bundesvorsitzender Christian Rechholz, im Beruf Lehrer, hat sich bereits im Februar 2021 hierzu erklärt: „Der Erhalt des Betriebs von Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugendliche muss die höchste Priorität haben und kann unter den beschriebenen Voraussetzungen mit einem ausreichenden Maß an Sicherheit und Nachhaltigkeit umgesetzt werden. Bei entsprechenden Distanz- und Hygienekonzepten.“ In vielen Schulen gab es schon vor Corona weder Seife noch Warmwasser auf den Toiletten. Diese müssen jetzt schleunigst modernisiert werden.

Das Lehrpersonal sollte sich freiwillig und kostenlos impfen und testen lassen können. Auch täglich kostenlose Schutzmasken für Lehrer empfiehlt der ÖDP-Corona-Beirat. Ein Problem sieht die ÖDP bei den Schulbussen und Nahverkehrsbetrieben, hier haben manche Kommunen das Angebot sogar ausgedünnt statt verstärkt.

7. Werden Sie sich klar gegen eine Impfpflicht als Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Bildungs-, Freizeit- oder Sporteinrichtung für Kinder und Jugendliche positionieren? Wenn nein, warum nicht?

Ja! Grundsätzlich plädieren wir für eine freiwillige Impfung. Kinder und Jugendliche sind zudem durch den Corona-Virus wesentlich weniger gefährdet als Erwachsene und tragen weniger zu dessen Verbreitung bei. Deshalb fordert die ÖDP eine individuelle Nutzen-Risiko-Analyse nach ärztlicher Beratung. Die Entscheidung erfordert absolute Freiwilligkeit und die Achtung der elterlichen Fürsorgepflicht. Eine Massenimpfung von 12 bis 16-Jährigen oder gar noch jüngeren Bevölkerungsgruppen zur Erreichung einer besseren Herdenimmunität hält die ÖDP für ethisch nicht vertretbar.

(Vgl. dazu das Papier „Corona-Impfung für Kinder und Jugendliche“ des Corona-Beirates der

ÖDP: <https://www.oedp.de/aktuelles/oedp-statements-zu-corona/themengebiet-kinder-familie-jugend-schule>)

8. Werden Sie innerhalb der kommenden Legislaturperiode ein Konzept entwickeln, um Lernen in Präsenz in kleineren Lerngruppen zu ermöglichen und also mehr Lehrpersonal und Räumlichkeiten schaffen? Wenn nein, warum nicht?

Ja! Die ÖDP sieht die dringende Notwendigkeit die Schulpolitik zu reformieren. Auch wenn Schulpolitik grundsätzlich Ländersache bleiben sollte, könnte der Bund dringend einen Modernisierungspakt für Schulen auflegen, gerade Sanitäreinrichtungen sind teils in einem schlimmen Zustand. Wichtiger ist allerdings die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Schulen, ausreichend Lehrkräfte sowie kleinere Schulklassen.

9. Werden Sie sich im Rahmen Ihres politischen Mandats auch bei erneut angespannter Infektionslage gegen eine fremdnützige Einschränkung des Grundrechts auf Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stellen bzw. den Kinderschutzverbänden und den Fachgesellschaften der Kinder- und Jugendärzte in ihren Empfehlungen folgen? Wenn nein, warum nicht?

Ja! Kinder und Jugendliche mussten seit Beginn der Pandemie nahezu alle Freiheiten opfern für den Schutz der Älteren. Sie leiden ganz besonders. Daher muss ihnen in der jetzigen Situation Vorrang gegeben werden.

Um der bereits eingetretenen Verschlechterung der psychischen Situation in Familien und bei jungen Menschen zu begegnen, müssen zusätzliche - staatlich finanzierte - und einfach zugängliche Beratungsangebote für Familien, Kinder und Jugendliche eingerichtet werden. Die Jugendämter müssen ihre Arbeit uneingeschränkt aufrechterhalten.